

# Abstimmung staatliche Pensionskasse: Alles, was Sie darüber wissen müssen

Am 1. Dezember wird das Volk zum achten Mal in diesem Jahr an die Urne gerufen. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Valeska Blank

## Worüber stimmt das Land genau ab?

Grundsätzlich über eine Gesetzesänderung, konkret über die Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG). Geht es nach Regierung und Landtag, soll durch die Gesetzesänderung ein Massnahmenpaket ermöglicht werden, damit die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) wieder auf eine solide Basis gestellt werden kann.

## Was ist die SPL?

Die SPL ist die staatliche Pensionskasse. Dort versichert sind nicht nur die Angestellten der Landesverwaltung, sondern auch Mitarbeitende zahlreicher anderer Organisationen und Unternehmen, etwa der Post, der LKW, der Finanzmarktaufsicht, der Musikschule oder des Landesspitals. Kurz gesagt: Angeschlossen sind öffentliche Betriebe oder Unternehmen, die sich mehrheitlich über Staatsbeiträge finanzieren.

## Wie viele Versicherte und Rentner umfasst die SPL?

Per Ende 2023 waren es 3437 aktiv versicherte Personen. Dazu kommen 1204 Pensionierte, die ihre Rente von der SPL beziehen (Verhältnis: 2,85:1).

Zum Vergleich: Die Stiftung Sozialfonds mit 1720 angeschlossenen Betrieben zählte 9016 aktiv Versicherte und 1210 Rentner (7,45:1). Die LLB Vorsorgestiftung mit 936 angeschlossenen Betrieben hatte 7748 Versicherte und 935 Rentenbezügler (8,29:1).

## Warum braucht es ein Massnahmenpaket?

Die Regierung will die SPL neu ausrichten – das Wort «Sanierung» vermeidet sie geflissentlich. Das Hauptproblem ist die Umverteilung innerhalb der Pensionskasse: Die jungen Versicherten finanzieren die Renten quer. In den letzten zehn Jahren sind damit über 100 Millionen Franken von Jung zu Alt geflossen. Das soll mit der Neuausrichtung gestoppt werden.

## Warum stimmt das Volk nun darüber ab?

Weil eine Gruppe unter der Federführung des DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch das Referendum ergriffen hat, nachdem der Landtag vier von fünf Massnahmen des Pakets gutgeheissen hat.

## Woran stört sich diese Gruppe?

Hauptsächlich an zwei Punkten. Erstens kritisiert sie, dass die an die Pensionskasse ausbezahlten zinslosen Darlehen in Eigenkapital umgewandelt werden. Es geht um eine Summe von 93,5 Millionen Franken – diese werde an die SPL «verschentet». Zweitens stösst sich die Gruppe an der Ausfinanzierung der bestehenden Renten. Gemäss Plan der Regierung sollen für die bestehenden Renten, die nach 2014 gesprochen wurden, 46,7 Millionen Franken aufgewendet werden. Diese Ausgabe, die mit Steuergeld finanziert wird, hält das Referendumskomitee für unnötig.

## Was entgegnen die Befürworter?

Sie argumentieren, dass die Ausfinanzierung die unerwünschte Umverteilung zumindest teilweise beseitigt. Als positiver Nebeneffekt verbessert sich der Deckungsgrad der Kasse, wenn das Geld eingeschossen wird. Weiter führen die Befürworter an, dass das Darlehen eine der beiden Hauptursachen für die heutigen Probleme der SPL darstelle. Stiftungsratspräsident Michael Hanke sagte zum «Vaterland»: «Solange das Darlehen Fremdkapital ist, zählt es nicht

zum Deckungsgrad. Und solange es nicht zum Deckungsgrad zählt, bleibt das Risiko, dass die staatliche Pensionskasse in naher Zukunft nochmals saniert werden muss, hoch.»

## Was heisst hier «nochmals saniert»?

Vor rund zehn Jahren musste die Vorgängerorganisation der SPL mit einem dreistelligen Millionenbetrag saniert werden, weil eine Deckungslücke von über 300 Millionen Franken im Vorsorgewerk klappte. Ein Teil der «Rettsaktion», über die letztlich das Volk abstimmte, beinhaltete das nun im Kreuzfeuer stehende Darlehen. Gesetzlich vorgeschrieben wurde, dass es zurückgezahlt werden muss. Dass dieser Passus nun gestrichen werden soll, bemängelt das Referendumskomitee.

## Warum muss denn der Staat schon wieder Geld einschiessen?

Einige Faktoren haben ungünstlich zusammengespielt. Der Rentneranteil der SPL ist im Vergleich zu allen anderen Kassen im Land sehr hoch. Dazu kommt, dass die Pensionskasse bei der Sanierung vor zehn Jahren nicht komplett ausfinanziert wurde, wodurch der Neustart auf tiefem Niveau begann. Ausserdem hat das Niedrigzinsumfeld der Kasse einen Strich durch die Rechnung gemacht.

## Sind die Gegner gegen das ganze Paket?

Das ist die Krux an der Sache: nein. Das Massnahmenpaket beinhaltet neben der Ausfinanzierung der bestehenden

Renten und der Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital noch zwei weitere Punkte. An diesen hat das Referendumskomitee nichts zu bemängeln. Abgestimmt werden kann aber nur über das gesamte Paket.

## Welche Punkte sind unbestritten?

Erstens: Die Ausgliederung der Pensionisten, die vor 2014 in Rente gegangen sind. Ihre Rente wurde noch unter dem Leistungsprimat berechnet. Das heisst: Sie erhalten rund 50 Prozent ihres letzten Lohns. Weil insbesondere diese Renten hohe Umverteilungen von Jung zu Alt auslösen, sollen sie in ein geschlossenes Vorsorgewerk – eine «Rentnerkasse» – überführt werden. Zum Zweiten hat das Referendumskomitee auch nichts gegen die neue Möglichkeit, dass künftig variable Renten möglich sein sollen.

## Warum stimmt das Land denn nicht nur über die strittigen Punkte ab?

Weil das bei dieser Ausgangslage nicht möglich ist.

Hätte der Landtag von sich aus eine Abstimmung beschlossen, hätte er festlegen können, dass über einzelne Teile des Gesetzes abgestimmt werden kann. Da das Referendum im aktuellen Fall aus einer Bevölkerungsgruppe heraus ergriffen wurde, muss über das gesamte Gesetz abgestimmt werden.

## Könnte die Regierung nicht einfach die unstrittigen Punkte nochmals vorlegen?

Theoretisch schon. Nur betont Regierungschef Daniel Risch auf Anfrage, dass die Umsetzung von Einzelmassnahmen nicht sinnvoll sei. «Gerade die auch vom Referendumskomitee unterstützte Massnahmen der variablen Rente kann nur dann funktionieren, wenn die SPL hinsichtlich Risikofähigkeit ähnlich zu anderen Kassen aufgestellt ist», so Risch. Ohne die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital und die teilweise Übernahme der bereits erfolgten Umverteilung würde die variable Rente von den Versicherten nicht gewählt und wäre wirkungslos. «Ich würde einer zukünftigen Regierung persönlich davon abraten, mit einzelnen Pflastern das Problem lösen zu wollen», meint Risch in Richtung seiner Nachfolger. Nur ein Paket könne die Probleme der SPL nachhaltig lösen.

## Was passiert, wenn die Gegner gewinnen?

Dann wird das gesamte Paket, das vom Landtag mit 22 von 25 Stimmen beschlossen worden ist, nicht umgesetzt. Dies gilt auch für die Massnahmen, die für das Referendumskomitee unstrittig sind. Die Folge eines Neins am 1. Dezember beschreibt die Regierung auf ihrer Webseite so: «Die aufgezeigten Probleme der SPL werden nicht gelöst. Die Probleme lösen sich nicht von selbst. Mit einem Nein wird eine nachhaltige und zum jetzigen Zeitpunkt noch gut finanzierbare Lösung verhindert.» Die Umverteilung würde munter weitergehen.



Bild: Keystone